

Der Gefellshafter

Nr. 250
Donnerstag den 25. Oktober 1923

Nagolder Tagblatt

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. H. Heller (Haut) Heller, Nagold.

Preis 20 Pf.

Verbreitung im
Obern Odenkreis. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Die Zeit, welche wir
verleihen, ist unersetzlich.
Es ist die Zeit, die wir
unsern Lesern in bester
Ausbeute anbieten. Es ist
die Zeit, die wir in bester
Ausbeute anbieten. Es ist
die Zeit, die wir in bester
Ausbeute anbieten.

Telegraphische Adressen:
Gefellshafter Nagold,
Postfach 5115,
Stuttgart 5115.

Beitrag zu jedem Wert
von 25.— bis 50.000
Mark. — 25.000 Mark
bis 50.000 Mark. — 25.000
Mark bis 50.000 Mark.
— 25.000 Mark bis 50.000
Mark. — 25.000 Mark bis
50.000 Mark.

Nr. 250

Donnerstag den 25. Oktober 1923

67. Jahrgang

Der Militärbefehlshaber an die Bevölkerung in Stadt und Land

Die Not in unserem Volk hat sich durch feindseligen Druck
von innen, durch inneren Zwist und durch Mangel an Roh-
stoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln aufs traurigste
verschärft. Das Geld des Reichs hat kaum mehr Kaufkraft.
Das neue goldwerte Geld ist noch nicht verfügbar. Wir
leben mitten in Tagen ernstester Sorge.

Gegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle
Berufsklassen und Klassen, als Notgemeinschaft noch fester
zusammenschließen. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir
über die schlimmen Zeiten hinweg zu besseren gelangen. Mit
dem größten Nachdruck muß überall denken entgegengetreten
werden, die jetzt noch die Volkshetze gegeneinander verheizen,
zu werbe Auswüchse dieser Art ohne Ansehen der Person
und Richtung, von der sie kommen, mit der Schärfe unter-
suchen, die unserer äußersten Notlage zukommt.

In Augenblick ist die Not in den Städten am größten.
Lager ist der Reimboden der Verbeugung und der Gewalt-
tätigkeit. Die Landwirtschaft darf sich der Gefahren, die auch ihr
in der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung er-
wachsen, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert
ihnen hohen, sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in
der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst.

Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die
Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen, und der
Bednot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Land-
wirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu ver-
langen. Ich fordere alle Erzeugerkreise aufs dringlichste auf,
den Gehot dieser Stunde gerecht zu werden.

Ich verbiete jede Propaganda in Wort und Schrift, die
die Zurückhaltung von Lebensmitteln zum Ziele hat. Zu-
widerhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichs-
präsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.
Ich beauftrage die betreffenden Ministerien bzw.
höchsten Regierungsbehörden, durch die ihnen unterstellten
Ausführungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes
Schutzhaft über solche Aufkäufer und Zwischenhändler zu
verhängen, die in begründetem Verdacht stehen, Preis-
treiberi und unlauteren Handel mit Lebensmitteln getrieben
zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der ordentlichen Ge-
richtsbarkeit zuzuführen.

In gleicher Weise ist gegen Feilsche und Lebensmittel-
flüchtler vorzugehen.

Das Ansehen von Goldmarkpreisen für landwirtschaft-
liche Erzeugnisse ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es
wird aber der traurigen Lage großer Verbraucherkreise
und ist daher angezogen, die Goldmarkpreise unter den Frei-
kaufpreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfest-
setzung in Papiermark gleichfalls zulässig, die Preisgrenzen
sind sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage
zu richten. Daneben wird es ehrenhaft leistungsfähiger
Landwirte sein, bei Abgabe von Kleinmengen den Kleinver-
käufern besonders billige Preise zu machen.

Jeder Landwirt ist verpflichtet, Bezahlung in Papiermark
anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldschabanweisungen
bis Reichs werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht ent-
gegengestellt. Es ist darauf hinzuwirken, daß Steuern in
Goldschabanweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen
des Viehfleisch- und Kollfischfleisches.

Die Landwirte fordere ich auf, sofern sie über 3 Morgen
Kartoffel angebaut haben, dafür zu sorgen, daß bis Mitte
November wenigstens 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbrau-
cher zugeführt ist. Ich werde fr. Zt. feststellen, ob dieser Wah-
rung freiwillig in genügendem Umfang Rechnung getragen
worden ist.

Die Regierungen ersuche ich, die Stadtgemeinden zu über-
wachen, ob sie die nötige Vorsorge dafür getroffen haben,
daß auf den städtischen Märkten Kartoffeln zum Kleinver-
kauf verfügbar sind. Andersfalls sind sie dazu anzuhalten
und gegen die Stämmigen Vollmachten zum Einschreiten von
mir einzubohlen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt.

Die Stadtgemeinden haben ferner bei der Preisbildung
für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Richtung mitzu-
wirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Markten-
wertung folgen, keine unerträglich plötzlichen werden. Ich
ersuche die Regierungen, auch in dieser Hinsicht solche not-
wendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand
die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu
bringen.

Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise, wie alle
ernstlich bedenklichen Stellen sich mit äußerster Tapferkeit der
Lebensmittelnot und Teuerung entgegenwerfen, damit wir
über die Krisis der nächsten Tage hinwegkommen, bis die
Maßnahmen des Reichs zur Schaffung eines wertbeständi-
gen Gelds eine Besserung bringen können.

Der Jahaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis V:
Gen.-Leutnant Reinhardt, Generalleutnant.

Zur Kriegserklärung der R. P. D.

In der Nacht vom 22. auf 23. 10. fand von kommunisti-
scher Seite ein Ueberfall auf das Schießhaus im
Neuerbachtal bei Stuttgart statt, bei dem eine Un-

zahl von Wehren geraubt wurde, die aber den
Einbrechern durch die Polizei wieder abgenommen werden
konnten. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden kom-
munistische Handzettel angeheftet, die den Inwohnern,
die Angehörigen der Reichswehr zur Gehorsamsverweige-
rung und Wehrkraft aufzufordern. Sie wurden von der
Polizei entfernt. Es ist aber als Zeichen der politischen
Gleichgültigkeit der Bevölkerung anzusehen, daß sie da, wo
die Flugblätter noch nicht entfernt waren, in großer Menge
bevorzogen, ohne sie selbst zu beseitigen, wo doch jeder
nüchtern denkende Mensch wissen mußte, daß eine Verletzung
des letzten Halts der Staatsautorität gleichbedeutend mit dem
Ende der Allgemeinheit und jedes Einzelnen ist. Mehr
Courage in solchen Fällen tut not.

Zur Frage der Kartoffelverföderung

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Am 23. 10. vorm.
fand im Wehrkreiskommando zu Stuttgart in Gegenwart
amtlicher Sachverständiger eine Besprechung des Generals
Reinhardt mit Vertretern der Landwirtschaft, der Gewer-
schaften und anderer Verbraucherverbänden statt. Gegen-
stand der Besprechung bildete die Kartoffelverföderung, die
seitens des Militärbefehlshabers zurzeit als dringendster Not-
stand im Rahmen der schwierigen Lebensmittelverföderung
der Bevölkerung betrachtet wird.

Bergewaltigung des Reichs

Frankreich erklört die Pfalz als unabhängigen Staat

Speyer, 24. Okt. Heute mittag 12 Uhr trat der pfälz-
ische Kreistag zu einer Sitzung zusammen. Der Vor-
sitzende Geheimrat Dr. Beyersdorfer richtete an den
französischen General de Mey die Bitte, die Befangenen und
Ausgewiesenen der Heimat wiederzugeben. Hierauf verlas
der französische Major Louis namens der Rheinlandkom-
mission eine Erklärung:

„In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht
andauern kann, ohne die allerersten moralischen
und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden,
ferner in Anbetracht der heutigen unruhigen und gefähr-
lichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als unabhän-
giger Staat mit einer vorläufigen Regierung bis zur
weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser Staat
Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der
hohen Rheinlandkommission in Gegenwart und Zukunft
zu strenger Ergebenheit (Loyalität) und Mitarbeit für die
Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Sicherstellung
der geschuldeten Entschädigungen und der nötigen Sicher-
heit Frankreichs notwendig sind.“

Der Vorsitzende erklärte, die Parteien werden zu dieser
Kundezeit Stellung nehmen; er unterbrach die Sitzung auf
kurze Zeit und forderte den Führer der sozialdemokratischen
Fraktion J. Hoffmann-Kaiserslautern, der den Schritt
der Rheinlandkommission veranlaßt hatte, sich zu äußern.
Der Kreistag verweigerte aber mit 13 Stimmen Mehrheit
dem Abg. Hoffmann das Wort. Alle bürgerlichen Par-
teien lehnten die Erklärung der Rheinlandkommission mit
Entschiedenheit ab.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, gab
der Vorsitzende die Erklärung ab, daß der Kreistag in der
aufgeworfenen Frage nach Art. 18 der Reichsverfassung gar
nicht zuständig sei. Die bayerische und die Reichsregierung
haben sich schon in vergangener Nacht mit der Frage ein-
gehend beschäftigt und die Bildung eines neuen Staats in
jeder Form als Landesverrat bezeichnet. (Stürmische Zustimmung.) Darauf begab sich um 4 Uhr eine Abordnung zu Ge-
neral de Mey.

Hoffentlich wird die richtige Antwort der Reichsregierung
nicht lange auf sich warten lassen. Die unerhörte Heraus-
forderung des Reichs, die die „friedliche Aktion“ Poincarés
mit Wühligkeit beleuchtet, verdient die schärfsten diplomatischen
Gegenmaßnahmen und die Beseitigung der französischen
Heuchelei vor aller Welt. Die bayerische Regierung dürfte
wohl zunächst der französischen Gesandtschaft in München
den Stuhl vor die weißblauen Grenzpfähle setzen. — Der
Landeserräter Hoffmann ist wohl der frühere Minister-
präsident in Bayern, der nach der Vertreibung der Räteherr-
schaft die Regierung übernahm.

Der Staatsstreik der Sonderbündler

Berlin, 24. Okt. In Mainz stehen die französischen Be-
hörden anfangen, die Bevölkerung von Lothar bei der
Auslösung der Rheinischen Republik in Jubel auszu-
brechen. Die Reichsregierung hat gegen diese dreiste Lage
Einspruch erhoben. Weiter hat die Reichsregierung bei der
französischen Regierung anfragen lassen, ob ihr bekannt sei,
daß in Ehrang den Eisenbahnern, die sich zur Wieder-
aufnahme der Arbeit meldeten, von der französischen Be-
hörde die Bedingung vorgeschrieben worden ist, daß sie Mit-
glied der Sonderbündler-Partei werden und einen Beitrag
von 4500 Mark zu dieser Partei zahlen müssen. Da die
Reichsregierung kaum in der Lage ist, die im besetzten Ge-

biet entstehende Not zu lindern, hat sie sich an das Rote
Kreuz des Auslands gewandt mit der Bitte, im Fall
einer Hungersnot helfend einzugreifen. Von einem Ruch-
kontrolle bereits eine Zulage eingegangen. Die Ruch-
industrie hat bei der Reichsregierung angeregt, wenig-
stens die Kosten für Entschädigungslieferungen,
die die Industrie etwa mit Hilfe eines ausländischen
Kredits leisten kann, ihr gutzuschreiben und für gewisse
Steuern in Anrechnung zu bringen. Die Reichsregierung ist
grundsätzlich nicht abgeneigt, falls ein ausländischer Kredit
zustande kommt und die Bergarbeiterverbände damit einver-
standen sind; die Reichsentschädigung würde aber erst ge-
geben werden, wenn die Reichsfinanzen wieder in Ordnung
sind.

In Wörs werden etwa 1000 Sonderbündler in den
Räumen der Befehlshaberbehörde gefesselt.

Der Pariser „Matin“ schreibt das Wüßlingen des Staats-
streiks dem Mangel an Kühnheit und Disziplin bei den
Sonderbündlern zu.

Neue Nachrichten

Aufruf des Reichsernährungsministers

Berlin, 24. Okt. Der neue Reichsminister für Landwirt-
schaft und Ernährung, Graf Kanitz, erläßt einen Aufruf an
seine Berufsgenossen, die Landwirte. Zum erstenmal heißt
es in dem Aufruf, ist ein praktischer Landwirt zum Landwirt-
schaftsminister ausersehen worden. Ich bin aus meiner
(Deutschnationalen) Partei ausgetreten, weil ich der Ansicht
bin, daß auf dem Weg rein parteipolitischer Auseinander-
setzung Deutschland nicht gerettet werden kann. Deutschlands
Not ist nicht zum wenigsten durch den erbitterten Partei-
kampf hervorgerufen. Im derzeitigen Reichskabinett werde
ich nur für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe
darin sehen, im Rahmen des heute Möglichen Nahrungs-
mittel für das hungernde Volk zu schaffen.
An den Landwirten ist es, die größte Not lindern zu
helfen und an der Ueberbrückung der sich täglich erweiternden
Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu arbeiten. In
der größten Not des Vaterlands darf niemand absteifen stehen,
ohne daß das Reich zerfällt und Deutschland untergeht. Darum
habe ich mich zur Uebernahme des heute am wenigsten be-
liebigen Ministeriums entschlossen. Berufsgenossen, denkt an
die furchtbare Not in den Städten! Helft mir bei der schweren
Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen!

Forderungen der freien Gewerkschaften

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand des Allg. Deutschen Ge-
werkschaftsbunds legte dem Reichskanzler folgende Forderun-
gen dar: 1. Beschaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels
für Lohn- und Gehaltsempfänger, 2. Bereitstellung
der notwendigen Lebensmittel, 3. Anpassung der Löhne an
die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarif-
verträge. Sollte die Reichsregierung die Forderungen nicht
umgehend erfüllen, so werden die freien Gewerkschaften zu
weiteren Maßnahmen greifen. Der Reichskanzler sagte so-
fortige Hilfe zu.

Die Demokratie gegen Bayern

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand der Demokratischen Partei
erklärte sich dem Reichskanzler gegenüber gegen Zugestän-
nisse an Bayern hinsichtlich der im Reichsrat beschlossenen
Berücksichtigung bayerischer Sonderrechte, wie sie vor der
Weimarer Verfassung bestanden haben. Das Reich müsse
seine jetzige Ueberordnung in vollem Umfang wahren.

Teuerungskrawalle

Berlin, 24. Okt. In Berlin und in vielen anderen Städten
des Reichs haben am Dienstag neue Krawalle stattgefunden.

Schwere Kämpfe in Hamburg

Hamburg, 24. Okt. In Hamburg und Wandsbeck kam es
zu schweren Kämpfen der Ordnungspolizei mit den
Kommunisten. Von der Polizei wurden 7 Mann ge-
tötet, 19 schwer und eine größere Zahl leicht verwundet. Am
festigsten wurde in den Arbeiterwohnstätten Wandsbeck und
Dornhölde gekämpft. Aus den Häusern und von den Dächern
wurde auf die Polizei geschossen. Abends brachen dort die
Kämpfe aufs neue aus. Durch die Polizei wurden 14 Tote
und 100 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert. Der
Kreuzer „Hamburg“ und mehrere Torpedoboote der Kriegs-
marine sind zur Unterstützung der Polizei im Hafen eingelaufen.
Der Zustand war sorgfältig vorbereitet.

Der Sonderbündlerstreik mißglückt

Berlin, 24. Okt. Nach den hier eingelaufenen Meldungen
kann der neueste Streik der Sonderbündler als mißglückt
betrachtet werden. Die Bevölkerung kümmert sich um die
„Rheinische Regierung“ nicht, sie hat nichts zu regieren. In
den meisten Städten, die sich von den Bänden hatten über-
rumpeln lassen, sind die Sonderbündler wieder verdrängt,
ihre Fahnen wurden herabgerissen und zerissen. In

Produkten. Das bedeutendste...
berichtet ist für das...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...

Der Spittinnone hat...
16. August 1894...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...

Magister Wilhelm Auer, der...
Der Spittinnone hat...
16. August 1894...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...

Der Spittinnone hat...
16. August 1894...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...
Brotzeit, das...

Wie in letzter...
ausricht!

Wie in letzter...
ausricht!

Wie in letzter...
ausricht!

Wie in letzter...
ausricht!



Das Rathaus in Ebingen

Sagen und Schwänke aus Ebingen.

1. Ebingen und Urtal.
Wie man ihn...
Wie man ihn...
Wie man ihn...